



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 8. JANUAR 2004
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiße Sie zur ersten Pressekonferenz im Jahr 2004 herzlich willkommen. Der Vize-Präsident und ich möchten Ihnen noch alles Gute für das neue Jahr wünschen und Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident des ECOFIN-Rats, Herr McCreevy, und EU-Kommissar Solbes teilgenommen haben.

Nach unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung sind wir weiterhin der Auffassung, dass der geldpolitische Kurs angemessen ist, um die Preisstabilität auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Daher haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert auf ihrem niedrigen Stand zu belassen. Die verfügbaren Indikatoren deuten auf eine anhaltende wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet hin; diese Einschätzung hat sich nicht grundlegend geändert. Wenngleich die jüngste Entwicklung des Wechselkurses sich etwas dämpfend auf die Exporte auswirken dürfte, sollte die Exporttätigkeit auch weiter vom dynamischen Wachstum der Weltwirtschaft profitieren. Die Importpreise dürften sich etwas günstiger entwickeln und damit dazu beitragen, die Inflationsrisiken einzudämmen. Wir werden auch zukünftig alle Entwicklungen, die unsere mittelfristige Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität beeinflussen könnten, sorgsam beobachten.

Lassen Sie mich nun unseren Beschluss näher erläutern.

Im Rahmen unserer **wirtschaftlichen Analyse** bestätigen die aktuellen Indikatoren, dass die Weltwirtschaft weiter wächst. Auch für das Euro-Währungsgebiet deuten die jüngsten Angaben

zur Produktion und zur Stimmung auf eine anhaltende konjunkturelle Erholung hin, und die Wachstumsdynamik dürfte sich im Jahresverlauf 2004 noch verstärken. Diese Einschätzung wird durch alle verfügbaren Prognosen öffentlicher und privater Institutionen sowie durch die Entwicklung an den Finanzmärkten gestützt.

Mit Blick auf die Außenwirtschaft hat sich die zuletzt beobachtete Wechselkursentwicklung ungünstig auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure im Euroraum ausgewirkt. Dies dürfte jedoch bisher durch die weiterhin steigende weltwirtschaftliche Nachfrage zum Teil ausgeglichen worden sein. Insgesamt sollten die Ausfuhren aus dem Euro-Währungsgebiet daher weiter zunehmen. Binnenwirtschaftlich gesehen dürfte das Wachstum der Investitionsausgaben von den anhaltenden Anpassungsbemühungen der Unternehmen zur Steigerung der Produktivität und der Ertragskraft sowie von dem niedrigen Zinsniveau und den allgemein günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren. Die privaten Konsumausgaben sollten durch die Zunahme des real verfügbaren Einkommens begünstigt werden. Diese Zunahme ist teilweise den positiven Auswirkungen der vergangenen Euro-Aufwertung auf die Terms of Trade und die Teuerung zuzuschreiben.

Die kurzfristigen Risiken, mit denen diese Aussichten behaftet sind, bleiben ausgewogen. Längerfristig betrachtet ergeben sich Unsicherheiten nach wie vor aus den anhaltenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten in einigen Regionen der Welt und deren potenziellen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit des weltwirtschaftlichen Wachstums. Dieser Herausforderung ist durch eine dauerhaft tragfähige Wirtschaftspolitik und durch strukturelle Reformen zu begegnen, die einem stabilen Gleichgewicht zwischen Ersparnisbildung und Investitionen in allen wichtigen Partnerländern förderlich sind, das Produktionspotenzial im Euro-Währungsgebiet erhöhen und eine weitere Zunahme des weltweiten Handels mit Waren und Dienstleistungen begünstigen.

Was die Preisentwicklung betrifft, so wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Teuerungsrate nach dem HVPI auf kurze Sicht um die 2 %-Marke schwanken wird, nachdem sie im Dezember der Vorausschätzung von Eurostat zufolge 2,1 % betrug. Wie ich bereits mehrfach dargelegt habe, wurden die kurzfristigen Inflationsaussichten durch ungünstige Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln, die Entwicklung der Ölpreise sowie Erhöhungen indirekter Steuern und administrierter Preise negativ beeinflusst.

Wir erwarten jedoch, dass die Inflationsraten im Laufe dieses Jahres sinken und in der Folgezeit auf einem mit Preisstabilität zu vereinbarenden Niveau verharren. Diese Erwartung basiert auf der Annahme, dass die Lohnentwicklung angesichts einer allmählichen konjunkturellen Erholung

gemäßigt bleiben wird. Ferner dürfte die bisherige Aufwertung des Euro den Preisdruck abschwächen. Diese Ansichten finden sich auch in den verfügbaren Prognosen und Projektionen wieder. Wir sind uns natürlich bewusst, dass die Vorausanalysen auf einer Reihe von Annahmen beruhen, und berücksichtigen deshalb alle Risikofaktoren, die hinsichtlich der Aussichten für die Preisstabilität bestehen. Aus diesem Grund verfolgen wir die Inflationserwartungen auch weiterhin genau.

Aus der **monetären Analyse** geht hervor, dass das kräftige Geldmengenwachstum der letzten paar Jahre dazu geführt hat, dass im Euroraum deutlich mehr Liquidität vorhanden ist, als zur Finanzierung eines inflationsfreien Wirtschaftswachstums benötigt würde. Gleichzeitig ist das Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor in den vergangenen Monaten aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und der allgemeinen Erholung des wirtschaftlichen Umfelds gestiegen.

Wir sind der Auffassung, dass der Aufbau von Überschussliquidität keine Gefahr für die Preisstabilität darstellen dürfte, solange sich die Wirtschaft langsam erholt. Sollte der Liquiditätsüberschuss allerdings auch bei einem kräftigen Konjunkturaufschwung hoch bleiben, könnte er auf mittlere Sicht zu inflationären Spannungen führen. Wir werden daher die weitere monetäre Entwicklung genau verfolgen.

Insgesamt deutet die wirtschaftliche Analyse nach wie vor darauf hin, dass das Hauptszenario für die mittelfristige Preisentwicklung mit der Preisstabilität im Einklang steht. Dieser Eindruck wird durch die **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse bestätigt.

Was die **Finanzpolitik** angeht, so wird 2004 ein äußerst wichtiges Jahr werden, um die Glaubwürdigkeit des institutionellen Rahmens und das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu stärken. Zusammen mit den Bestimmungen des EG-Vertrags bleibt der gesamte finanzpolitische Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts von zentraler Bedeutung und muss in allen Punkten respektiert werden. Sie bilden die Grundlage für das Vertrauen in die WWU. Sie sind von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Stabilität, sondern auch für das Wachstum und eine Voraussetzung für die Beibehaltung niedriger Risikoprämien an den Finanzmärkten. Wir fordern daher die Regierungen und den ECOFIN-Rat dringend auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ihren im vergangenen November eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Der EZB-Rat unterstützt ausdrücklich die fortlaufenden Bemühungen mehrerer Regierungen, die **Strukturreformen** auf dem Gebiet der Finanzpolitik sowie an den Arbeits- und Gütermärkten voranzutreiben. Aufbauend auf dem bereits Erreichten sind weitere Reformen angezeigt, um die

Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets flexibler zu gestalten und so eine bessere Allokation und Nutzung von Kapital und Arbeit zu gewährleisten und das Wachstumspotenzial des Euroraums zu steigern. Der Prozess der strukturellen Reformen ließe sich merklich beschleunigen, wenn auch die Sozialpartner sich uneingeschränkt dafür einsetzen würden, das Euro-Währungsgebiet zu einer dynamischeren, innovativeren und wettbewerbsfähigeren Volkswirtschaft zu machen. Solche gemeinsamen Anstrengungen dürften auch dazu beitragen, der Öffentlichkeit besser zu vermitteln, welche Vorteile sich daraus ergeben, wenn die größten Herausforderungen des Euro-Währungsgebiets erfolgreich angegangen werden: Hierzu zählen der Abbau des hohen Niveaus der strukturellen Arbeitslosigkeit, die Erhöhung des Produktionspotenzials, die Steigerung der Produktivität, die Verringerung von Ineffizienzen im Steuersystem sowie die Anpassung der Gesundheits- und Rentensysteme an die Bevölkerungsalterung.

Wir sind nun gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.